hat infolge verbreiteter irrtümlicher Gerüchte den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete gebeten, die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß es keineswegs in ihrer Absicht liege, die nach ihren Bestimmungen erhobenen Zölle wieder zurückzuerstatten. Sie ist lediglich bereit, wenn aus irgendeinem Grunde Zölle irrtümlich erhoben worden sind, insbesondere Versehen bei der Tarifierung oder sonst vorgekommen sind, die zu Unrecht erhobenen Beträge zurückzuerstatten. Der Antrag muß spätestens bis zum 1. Dezember zu Händen des Zollausschusses der Rheinlandkommission sein.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Frank, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" — angeboten; „Geld" — gesucht.)

Börsenplätze	14. 11. Geld	14. 11. Brief	12. 11. Geld	12. 11. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . . Guld.	8941,05	8958,95	9790,20	9609,80	170 M.
Dänemark . . Kron.	4785,20	4794,80	5244,75	5255,25	112 „
Schweden . . Kron.	5919,05	5930,95	6483,50	6496,50	112 „
Norwegen . Kron.	3806,15	3813,85	4130,85	4139,15	112 „
Schweiz . . . Frank	4870,10	4879,90	5254,70	5265,30	72 „
Amerika . . . Doll.	256,74	257,20	281,71	282,29	4,40 „
England . . . Pfd.	1008,95	1011,05	1106,35	1108,65	20,20 „
Frankreich . . Frank	1848,15	1851,85	2007,95	2012,05	80 „
Belgien . . . Frank	1773,20	1776,80	1918,05	1921,95	80 „
Italien . . . Lire	1058,90	1061,10	1133,85	1136,15	80 „
Dt.-Österr. . Kron.	9,18	9,17	8,88	8,87	85 „
Ungarn . . . Kron.	24,87	24,93	24,87	24,93	85 „
Tschechien . . Kron.	267,70	268,30	299,10	300,30	

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Rathenau soll in die Regierung zurückkehren.

Bremen, 14. November.

Im weiteren Verlauf des Parteitages sprach Dr. Rathenau über „Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft". Er verteidigte in der Hauptsache das von ihm getroffene Wiesbadener Abkommen gegen die erhobenen Einwände.

Die unverkennbar bei einem großen Teil der Versammelten zutage tretende Unzufriedenheit der Fraktionen bei den letzten Regierungskrisen im Reiche und in Preußen brachte schließlich eine Entschließung zuwege, welche die Verschiedenheit der Anschauungen einstweilen überbrückt, wenn auch nicht aufhebt. Die Entschließung lautet: „Die Demokratische Partei ist als eine ausgesprochen republikanische Partei gegründet worden. Der Zweck ihrer Gründung und der Inhalt ihres Parteiprogramms sind die Sicherung einer nationalen und sozialen Politik auf dem Boden der Demokratie. Unter den gegenwärtigen deutschen parteipolitischen Verhältnissen ist eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieser Ziele notwendig. Der Parteitag begrüßt die Klärung, die durch gründliche und offenherzige Aussprache erzielt worden ist und spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus."

Die vorhandene Mißstimmung kam auch zum Ausdruck in der Besetzung der Parteiämter. Bisher war Petersen Vorsitzender sowohl des Vorstandes wie des Parteiausschusses. Der Parteitag trennte die Ämter und wählte Petersen zum Vorsitzenden des Parteiausschusses. Zu Vorsitzenden des Vorstandes wurden gewählt die Abgg. Erkelenz-Düsseldorf und Fischer-Köln. Ziemlich deutlich wurde auch der Wunsch ausgedrückt, daß Rathenau in die Regierung zurückkehren solle und die Partei fernerhin nicht so rückhaltlos den Interessen der deutschen Volkspartei sich anschließen solle.

Forderungen des Deutschen Mieterbundes.

Dresden, 14. November.

In der hier tagenden Versammlung des Gesamtvorstandes des Bundes deutscher Mietervereine, die aus allen Teilen des Reiches beschickt war, wurde eine Entschließung angenommen, die folgende Richtlinien aufstellt.

„Der Bund deutscher Mietervereine verwirft mit aller Entschiedenheit die Beschlüsse der Sozialisierungskommission wegen der Freigabe der Gewerberäume vom Mieterschutz. Eine derartige Freigabe würde der Ausmietung und damit neuer Grundstücksspekulation Tür und Tor öffnen. Der Bund verlangt entgegen der Absicht des Reichstages, zunächst die Sozialisierung des Wohnungswesens zu erörtern, die sofortige Beratung und Verabschiedung des Reichsmieten- und Mieterschutzgesetzes. Der Bund beschließt, aus dem Deutschen Verein für Wohnungsreform und dem Deutschen Wohnungsausschuß auszutreten, da er eine Zusammenarbeit mit Organisationen ablehnen muß, die sich einer fortschrittlichen Entwicklung des Wohnungswesens starr entgegenstellen. Der Bund erwartet von Reichstag und Reichsregierung, daß sie die Interessen der Mieterschaft nachdrücklicher als bisher vertreten und die von den Vertretern des Hausbesitzes offenbar beabsichtigte Verschleppung einer umgehenden Neuregelung des Wohnungswesens nicht dulden. Er warnt vor einer Verkennung des Ernstes der Lage, der mit Deutlichkeit aus der sich innerhalb der Mieterschaft bemerkbarmachenden, täglich wachsenden Unruhe spricht.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 15. November.

Wirtschaftsbeihilfen im besetzten Gebiet.

Berlin. Vom preußischen Kultusministerium ist auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei folgende Antwort erteilt worden: Die Kosten der Wirtschaftsbeihilfen für die Lehrer und Lehrerinnen in den besetzten Gebieten sind zu 80 Prozent vom Reiche übernommen worden. Die restlichen 20 Prozent müssen von den Schulverbänden der besetzten Gebiete getragen werden. Der preußische Staat kann bei seiner ernsten Finanzlage über den Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen hinaus Lasten nicht übernehmen.

Die Erhebung der jüdischen Kultussteuern.

Berlin. Dem Preußischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Übertragung der Steuerverwaltung der jüdischen Synagogengemeinden auf die Reichsfinanzbehörden ermöglicht werden soll. Den in der Reichsabgabenordnung vorgeschriebenen Übertragungsantrag soll der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stellen, weil ein religionsgesellschaftliches, allen jüdischen Synagogengemeinden übergeordnetes Organ nicht besteht.

Die preußische Gesandtschaft in Dresden.

Dresden. Wie verlautet, hat die preußische Regierung die Absicht, den freiwerdenden Posten eines preußischen Gesandten in Dresden nicht wieder zu besetzen, sondern ihn in den eines Geschäftsträgers umzuwandeln. Einstweilen wird Legationssekretär Winkler die Geschäfte der preußischen Gesandtschaft weiterführen.

Konflikt mit einer Entwickelungskommission.

Dresden. Der Besitzer einer hiesigen Fabrik und mit ihm die gesamte Arbeiterschaft verwiesen der Dresdner Interalliierten Kommission aus vorläufig unbekannten Gründen den Zutritt in die Fabrik zwecks Durchsuchung der Räume. Gegen die Fabrik war eine Anzeige bei der J. A. K. erstattet worden, über deren Inhalt den deutschen Behörden nichts bekannt ist.

Die Demokraten und die Flaggenfrage.

Bremen. Der deutschdemokratische Parteitag nahm mit großer Mehrheit folgenden Antrag an: „Die Partei verurteilt die agitatorische Ausnutzung der Flaggenfrage. Sie tritt für Schutz der verfassungsmäßigen Flaggen ein und warnt, durch Fortsetzung unfruchtbaren Streites die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden." Einstimmig wurden ferner zwei Entschließungen angenommen, deren eine gegen das oberschlesische Unrecht Einspruch erhebt, während die andere einen nationalen Gedenktag für die Kriegsopfer befürwortet.

Stresemann und die Industrieforderungen.

Breslau. Auf dem Parteitag des Landesverbandes Schlesien der Deutschen Volkspartei sprach hier der Abg. Stresemann über die auswärtige Politik Deutschlands und einige Fragen der inneren Politik. Zur Kreditaktion der Industrie äußerte er sich skeptisch. Die Frage der Privatisierung der Eisenbahnen sei noch recht unklar. Erst wenn es möglich sei, den Beamten ihre wohlerworbenen Rechte unbedingt zu sichern, und wenn der Beweis gelingt, daß die Privatisierung einen Überschußbetrieb schaffe, könne dieser Gedanke befürwortet werden.

Arbeiterentlassungen in Bayern.

München. Die Koalinwerke Bayerns mußten ihrer gesamten Arbeiterschaft kündigen, weil sie nicht genügend Eisenbahnwagen zum Abtransport ihres Materials erhalten konnten. Infolgedessen sind die deutschen Porzellanfabriken gezwungen, ihren Bedarf an Koalin zu bedeutend teueren Preisen aus der Tschechoslowakei zu beziehen.

Einigung im Braunkohlenbergbau.

Halle. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Braunkohlenbergbau sind unter beiderseitigem Entgegenkommen zum Abschluß gebracht worden.

400 Millionen für Oppau.

Mannheim. Die für die Hilfsaktion für Oppau von den verschiedenen Organisationen und Behörden eingeleiteten Sammlungen einschließlich der Sammlungen der Zeitungen haben bisher den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

Zollerhöhung in Ungarn.

Budapest. Die ungarische Regierung hat das Zollausgeld auf das 200fache erhöht. Die Verfügung richtet sich in erster Linie gegen die Einfuhr aus der Tschechoslowakei und Österreich. Die Handelskreise hoffen, daß durch die Verfügung der Regierung der Warenaustausch mit Deutschland eine wesentliche Erhöhung erfahren wird.

Kriegsgefangene aus dem Fernen Osten.

Triest. Hier kam der amerikanische Dampfer „Crook" mit 443 ehemals österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen aus Wladiwostok an. Es ist dies der letzte Kriegsgefangenentransport aus dem Fernen Osten.

Um das Schicksal Naunhofs

geht es am **20. November.** Wird es ein Tag der Freude oder der Trauer werden?

Die Entscheidung liegt in Deiner Hand!

Wir alle wissen, wohin die einseitige Klassen- und Parteiherrschaft der Sozialdemokratie führt. — Sie kann nicht aufbauen, nur zerstören.

Wer Ordnung und Frieden liebt, wer die Diktatur des Proletariats nicht will, ob Mann, Frau oder Mädchen,

wähle die Liste

Schimpf-Becker

des

Naunhofer Bürger-Ausschusses.

Welt- und Volkswirtschaft.

Berlin, 13. Nov. (Stand der polnischen Mark.) Die Bewertung der polnischen Mark stellte sich an der heutigen Börse auf etwa 6½ Pfennig.

* **Berliner Produktenbörse.** Notierungen vom 14. November. (Nichtamtlich.) Langstroh 28—31 M., Weizen- und Roggenpreßstroh 33—35 M., Haferpreßstroh 40—44 M., Maschinenstroh 28—30 M., Häcksel 40—42 M., Wiesenheu 77 bis 80 M., Feldheu 91—96 M., Ackerbohnen 292—307 M., Peluschken 310—320 M., Wicken 315—325 für 50 Kilogramm, Torfmelasse 110—111 M., Weizenkleiemelasse 175—181 M., Haferschalenmelasse 135—141 M., Biertrebermelasse 185—191 Mark, Palmkernschrotmelasse 185—190 M. für 50 Kilogramm einschl. Papiersack, Kokoskuchen 295—305 M., Palmkernkuchen 295—305 M. für 50 Kilogramm. Alles ab Verladestation.

* **Stärkung der Mark in Berlin.** Die Montagsbörse brachte infolge stärkeren Angebots von Dollarnoten eine Abschwächung bis auf 256 Mark. Sonnabend war der Dollar zuletzt mit 295 Mark bezahlt worden. Mit dem Dollarrückgang ging Hand in Hand ein merkliches Nachlassen für alle fremden Werte und ebenfalls ein Sinken der inländischen Industriewerte. 3prozentige Reichsanleihe stieg infolge ausländischer Käufe sprunghaft auf 103 Prozent.

* **Die außerordentliche Margarineverteuerung** wurde im Reichsministerium des Innern durch Vertreter der Fabrikanten, der Verbraucher und der Gewerkschaften besprochen. Die Vertreter der Margarineindustrie erklärten sich bereit, beim Margarineverband dahin zu wirken, daß bei künftigen Preisfestsetzungen Vertrauensleute der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsverbände hinzugezogen werden.

* **Anwachsen der Arbeitslosen in England.** Die wöchentliche Statistik für Arbeitslosigkeit bringt eine neue Zunahme von 111 000 Arbeitslosen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Beendigung des Gasarbeiterstreiks.) Bis auf ein einziges Werk ist der Gasarbeiterstreik der letzten Tage beendet. Die Arbeiter haben mit der einen Ausnahme die Arbeit wieder aufgenommen. Jedoch ist die Agitation für eine allgemeine Lohnbewegung der städtischen Arbeiter noch stark. Der Magistrat beschloß mit Rücksicht auf die durch die außerordentliche Teuerung hervorgerufene Notlage, die Lohnaufbesserungen für Oktober und November möglichst sofort auszuzahlen.

Düsseldorf. (Ausstand in der Metallindustrie.) Nachdem die Metallarbeiter den in der Lohnbewegung gefällten Dortmunder Schiedsspruch abgelehnt haben, haben die Funktionärversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Christlichen Metallarbeiterverbandes beschlossen, in den Ausstand zu treten. Diesem Beschluß haben sich auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angeschlossen.

Braunschweig. (Streikbeendigung.) Der seit sieben Wochen andauernde Streik der Transportarbeiter ist beendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über die neuen Bedingungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wahlergebnisse.

Die Stadtverordnetenwahlen in Leipzig.

Man hoffte in Leipzig diesmal die Mehrheit der sozialistischen Listen zu brechen. Leider vergebens, die Mehrheit von 82000 Wahlberechtigten hat das Exempel nicht aufgehen lassen. 80 Prozent wählten, 20 Prozent waren zu faul. Die bürgerlichen Parteien blieben mit mehr als 4600 Stimmen hinter den 172000 sozialistischen Stimmen zurück. Die Wahlen waren zum ersten Male geheim gesondert. Es wählten insgesamt 158877 Männer und 180523 Frauen. Für die bürgerlichen Listen stimmten 73438 Männer und 93950 Frauen, für die sozialistischen Parteien 85439 Männer und 86573 Frauen. Die 72 Sitze im Stadtparlament verteilen sich vermutlich auf 36 bürgerliche (bisher 33) und 36 sozialistische (bisher 39) Stadtverordnete, das wäre also eine Gleichheit des Verhältnisses. Die Stimmenabgabe verteilt sich auf folgende Parteien: Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 134019, Demokraten 29386, Unabhängige 114733, Mehrheitssozialdemokraten 26433, Kommunisten 30846, Deutschsozialisten 3983. Es dürften demnach Sitze erhalten:

Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 30 Sitze,
Demokraten 6 Sitze,
Unabhängigen 24 Sitze,
Mehrheitssozialdemokraten 6 Sitze,
Kommunisten 6 Sitze.

Grimma. Bei den am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen wurden hier bei einer 75prozentigen Wahlbeteiligung dreizehn bürgerliche, sieben unabhängige und ein kommunistischer Kandidat gewählt.

Oschatz. Auf die verbundenen bürgerlichen Listen entfielen 2392, auf die sozialdemokratischen Listen 2275 Stimmen. Die Linksbürgerlichen erhielten 3, die Rechtsbürgerlichen 6, zusammen 9 Sitze. Die Sozialdemokraten erhielten gleichfalls 9 Sitze, davon 8 Unabhängige und 1 Mehrheitssozialdemokrat. Im bisherigen Stadtparlament hatten die Bürgerlichen 11 Sitze und die Unabhängigen 7 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 72 Prozent.

Bürgerliche Mehrheit in Dresden.

Das vorläufige Ergebnis aus sämtlichen Wahlbezirken Groß-Dresdens ist folgendes: 138 650 bürgerliche Stimmen und 134 202 sozialistische Stimmen, also eine bürgerliche Mehrheit von über 4000 Stimmen. Im einzelnen verteilen sich die Zahlen wie folgt:

Bürgerliche Einheitsliste 112 890,
Beamtenliste 20 554,
Angestelltenliste 5426, zusammen 138 650,
Mehrheitssozialisten 93 854,
Unabhängige 27 134,
Kommunisten 13 214.

Gegen die letzten Landtagswahlen haben die Bürgerlichen etwa 1500, die Mehrheitssozialisten haben 3000 Stimmen eingebüßt, die Unabhängigen haben 8500 und die Kommunisten 2000 Stimmen gewonnen, die wahrscheinlich beim letzten Male infolge der Spaltung der Unabhängigen nicht mitgemacht hatten.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 15 November 1921.

Merkblatt für den 16. und 17. November.

Sonnenaufgang	7^{28} (7^{27})	Mondaufgang	5^{11} N. (6^{01} N.)
Sonnenuntergang	4^{34} (4^{35})	Monduntergang	7^{07} V. (9^{00} V.)

16. November. 1881 Militärschriftsteller General Karl von Clausewitz gest. — 1897 Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl gest.

17. November. 1917 Französischer Bildhauer Auguste Rodin gest. — Bildung des französischen Ministeriums Clemenceau. — 1918 Die Franzosen besetzen Metz.

Der Bußtag

ruft uns auf zur Selbstbesinnung. Sind wir auf dem rechten Wege? Geht nicht ein wertvolles Gut nach dem andern uns verloren? Wo bleibt die deutsche Treue, von der die Dichter einst so viel zu singen wußten? Jeder denkt nur an sich und es kommt ihm gar nicht bei, um eines Mitmenschen willen sich zu bescheiden. Nur das eigene Leben einmal darauf nüchtern angeschaut, wie oft wir die helfende Liebe vergessen haben! Wir halten uns oft für recht vollkommen und schon beim ersten Prüfen ergibt sich ein ganz anderes Bild. Der Bußtag kann uns wissend machen. Wir klagen bitter, daß Zucht und Sitte schwinden, aber was haben wir denn dazu beigetragen, sie aufrecht zu erhalten? Geschwiegen haben wir, als die Spötter das Hohe in den Staub zogen, geizig waren wir, als man uns um Mittel bat, das Gute rechtzeitig zu stärken. Nicht aufrichtig in unseren Worten, ungerecht in unseren Gedanken, hochmütig, bequem . . . . Wir sind mitschuldig an des Volkes Sünde. Der Bußtag hat uns wissend gemacht.

— Naunhof. Kirchenmusik am Bußtag. „Gott sei mir gnädig". — Arie aus dem Oratorium „Paulus" von Mendelssohn — Bartholdy, gesungen von Herrn Gruner.

□ **Die Gültigkeit der Fahrkarten.** Die zum 1. Dezember in Aussicht genommenen Erhöhungen der Fahrpreise im Eisenbahnverkehr erfordern besondere Bestimmungen über die Gültigkeit der Fahrkarten. Für den Fernverkehr wird die viertägige Geltungsdauer für die Zeit vom 28. bis 30 d. Mts. dahin eingeschränkt, daß die Reise am ersten Tage der Geltungsdauer angetreten werden muß. Mit Fahrkarten für den 28. und 29. können jedoch die Reisen noch bis zum 30. angetreten werden. Für Dezember werden Fahrkarten im November nicht ausgegeben. Die Fahrscheine der Mitropa, die im allgemeinen eine Geltungsdauer von 60 Tagen haben, gelten, wenn sie im Oktober oder November gelöst worden sind, nur bis zum 3. Dezember, wobei die Reise spätestens am 30. November angetreten sein muß.

† **40 Prozent höhere Gerichtsgebühren.** Wie wir erfahren, geht dem Reichstag noch in dieser Session eine Vorlage auf Erhöhung der Gerichtsgebühren zu, deren Betrag in parlamentarischen Kreisen mit fast 40 Prozent angegeben wird.

† **Parlamentarischer Ton!** Die letzten Spektakelsitzungen des Landtages haben die demokratische Fraktion veranlaßt, folgenden Antrag im Landtage einzubringen: „In mehreren Sitzungen des Landtags haben sich Vorgänge abgespielt, die ein sachliches Verhandeln unmöglich machen, die Würde des Landtages verletzen und sein Ansehen im Volke vollends vernichten. Die jetzige Geschäftsordnung gibt dem Präsidenten nicht die Macht, solche Vorkommnisse zu verhüten und zu ahnden. Die Unterzeichneten beantragen daher, der Landtag wolle, sofern der Wiederholung derartiger Vorgänge nicht durch Verständigung der Fraktionen untereinander vorgebeugt werden kann, eine Ergänzung der Geschäftsordnung beschließen.

† **Die Gleichberechtigung der verheirateten Lehrerin.** Wie aus Dresden gemeldet wird, hat die Abg. Frau Salinger mit Unterstützung der demokratischen Fraktion folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, ungesäumt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den § 18 Absatz 3 des Volksschulgesetzes von 1873 aufhebt und dadurch eine Rechtsgrundlage für die verheiratete Lehrerin schafft, die dem Artikel 128 der Reichsverfassung und der Entscheidung des Reichsgerichts vom 10. Mai 1921 entspricht.

† **Für die Landwirtschaftskammern** enthält der Gesetzentwurf für die Umgestaltung des sächsischen Landeskulturrates ein Wahlgesetz mit folgenden Bestimmungen: Der Wahltag muß ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Wählbar sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie seit mindestens einem Jahr vor der Wahl als Eigentümer, Nutznießer oder Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke im Freistaat Sachsen die Landwirtschaft im Hauptberuf ausüben. Auch Personen